

Kita-Krise jetzt mildern und für die Zukunft besser planen!

Wir sind bestürzt über die Information der Stadtverwaltung, dass aktuell Plätze in Kindertageseinrichtungen fehlen und Elternwünsche nicht berücksichtigt werden können. Dies gilt nicht nur bei der Betreuung von null bis drei Jahren (U3-Bereich) – hier kann der Bedarf seit Jahren nicht gedeckt werden – sondern auch für den Bereich von drei Jahren bis zum Schuleintritt. Und dies trotz dringlichem Bedarf der Familien und bestehendem Rechtsanspruch. Wir unterstützen die geplanten Sofortmaßnahmen. Gleichzeitig fordern wir, dass zusätzlich mittel- und langfristig wesentlich mehr Betreuungsplätze geschaffen werden als bisher geplant. Wir erkennen an, dass in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen wurden. Allerdings wurde bei der Bedarfsplanung nicht nur der Anstieg der Geburtenrate nicht vorhergesehen, sondern man ist zudem – und hier liegt die politische Fehleinschätzung – von einer zu geringen Betreuungsquote im U3-Bereich ausgegangen. Die letztes Jahr beschlossene Bedarfsplanung sieht einen Anstieg der Betreuungsquote von 40,8 % im Jahr 2017 auf gerade mal 44,5 % im Jahr 2020 vor. Diese geringe Verbesserung ist vor dem Hintergrund der Veränderung des gesellschaftlichen Bewusstseins völlig unzureichend. Während Mütter, die Betreuungsangebote auch für die ganz Kleinen befürworten, noch vor wenigen Jahren als „Rabemütter“ beschimpft wurden – wobei von „Rabenvätern“ merkwürdigerweise nie die Rede war – gilt es heute als gesellschaftlicher Konsens, dass auch im U3-Bereich eine pädagogisch qualitätsvolle Betreuung positiv im Sinne der Entwicklung der Kinder ist. Hier geht es um die Ermöglichung gezielter Förderung in anregender Umgebung. Zudem wird letztlich als „Nebeneffekt“ die Berufstätigkeit der Eltern ermöglicht, was wiederum handfeste ökonomische Vorteile bringt, die im Zuge von Kostendebatten gerne übersehen werden. Vor diesem Hintergrund haben wir bereits in unserem Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2014 eine Betreuungsquote von 60 % gefordert. Wir müssen die aktuelle Entwicklung jetzt zum Anlass nehmen, diese Quote als Zielsetzung für den Ausbau der Kinderbetreuung festzuschreiben. Wir brauchen hier auch mehr Unterstützung durch die Bundes- und Landespolitik. Es kann nicht sein, dass die Bedeutung der frühen Bildung in Sonntagsreden betont wird, die Kommunen dann aber bei der konkreten Umsetzung alleine gelassen werden.